

Öffentliche Sitzung

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am

Dienstag, 28.06.2016, 16:00 Uhr,

im Sitzungszimmer 111 des Rathauses

- Nr. 3 / 2016 -

Anwesend unter dem Vorsitz von **Oberbürgermeister Tischler:**

ordentliche Mitglieder:

Ratsherr Beicht	SPD
Ratsherr Bombeck	ÖDP
Bürgermeisterin Budke	CDU
Ratsherr Ferdinand	Die Linke
Ratsherr Gerber	DKP
Ratsherr Göddertz	SPD
Ratsherr Hohaus	CDU
Ratsherr Hürter	CDU
Ratsherr Jungmann	CDU
Ratsherr Koch	SPD
Ratsfrau Kohmann	SPD
Ratsherr Mies	LSB
Ratsfrau Palberg	SPD
Ratsfrau Pfingsten	SPD
Ratsfrau Swoboda	B 90/Grüne
Ratsherr Todt	SPD

stellvertretende Mitglieder:

Ratsfrau Jakobi	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Hirschfelder, H.
Ratsherr Kaminski	SPD	Vertreter für Ratsfrau Schöps
Ratsherr Lehr	SPD	Vertreter für Bürgermeister Strehl
Ratsherr Nowroth	SPD	Vertreter für Ratsfrau Kamyczek

beratende Mitglieder:

Ratsherr Radla AfD

Gäste:

Bezirksvertreter Polz Die Linke
Ratsfrau Schmeer LSB

Verwaltung:

Stadtkämmerer Loeven	Dezernat II
Erster Beigeordneter Ketzner	Dezernat III
Herr Küstner	Personalrat
Herr Pietroscewsky	Personalrat
Herr Pläskén	Stabsstelle
Herr Kießlich	Fachbereich 10
Herr Brunnhofer	Amt 14
Frau Wißmann	Amt 15
Herr Große-Wilde	Fachbereich 20
Herr Dr. Liesbrock	Quadrat Bottrop
Herr Giebelstein	Fachbereich 65
Herr Nimphius	Fachbereich 01
Frau Holzkamp	Fachbereich 01

Oberbürgermeister Tischler eröffnet die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Im Anschluss stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die form- und fristgerechte Zustellung der Einladung mit der Tagesordnung fest.

Er erklärt, dass mit Schreiben vom 24.06.2016 die Beschlussvorlage zu Tagesordnungspunkt A 2 „Besetzung der Stelle des/der Technischen Beigeordneten; hier: Vorstellung von Bewerber/innen“ und die Übersicht über den Stand der Beratungen bei durchlaufenden Vorlagen mit Sachstand vom 17.06.2016 zugestellt worden sei. Als Tischvorlage liege eine um die Abstimmungsergebnisse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umweltschutz ergänzte Übersicht über den Stand der Beratungen und eine durch den Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschuss ergänzte Auflistung der Leitsätze zu Tagesordnungspunkt A 17 „Wohnbauflächenkonzept“ aus.

Auf Nachfrage zu Wortmeldungen zur Tagesordnung beantragt **Ratsherr Bombeck** den Tagesordnungspunkt A 2 „Besetzung der Stelle des/der Technischen Beigeordneten; hier: Vorstellung von Bewerber/innen“ von der Tagesordnung zu nehmen. Da nur noch ein Bewerber für die Stelle des Technischen Beigeordneten zur Verfügung stehe, sehe er keinen Sinn in einer Vorstellung des Kandidaten, da er allen Ausschussmitgliedern bekannt sei. Man hätte sich die Vorberatungen zur Auswahl eines Kandidaten ersparen können, da im Vorhinein bekannt gewesen sei, welcher Kandidat präferiert

werde. Den Kandidaten sei die Tendenz bereits mitgeteilt worden, so dass er vorschläge, nur noch die Wahl im Rat durchzuführen.

Ratsherr Gerber äußert Kritik an dem bisherigen Verfahren. Es sei wohl nicht gewünscht, weitere Kandidaten zu hören. Wie dem Schreiben des Oberbürgermeisters vom Vortag zu entnehmen sei, sei den anderen Kandidaten signalisiert worden, dass eine Bewerbung aussichtslos wäre. Diese Verfahrensweise sei nicht korrekt. Es würde der Anschein erweckt, dass die Vorstellung weiterer Kandidaten nicht gewünscht werde. Er betont, dass diese Kritik nichts mit der Entscheidung, die in der nächsten Woche im Rat getroffen werde, zu tun habe. Er sei jedoch für eine Vorstellung von Herrn Müller, da auch die Öffentlichkeit informiert werden sollte. Aufgrund der Anwesenheit der Presse sei dies gewährleistet.

Oberbürgermeister Tischler entgegnet, dass er den Kandidaten nicht mitgeteilt habe, dass eine weitere Bewerbung aussichtslos sei. Er habe sich an die im Ältestenrat besprochenen Abmachungen gehalten. Er habe dem Wunsch der SPD- und der CDU-Fraktion entsprechend die verbliebenen drei Kandidaten zur Vorstellung eingeladen. Herr Baackmann habe am Freitag telefonisch mitgeteilt, dass er aus persönlichen Gründen seine Bewerbung zurückziehe. Frau Döring habe per E-Mail abgesagt. Er habe darauf keinen Einfluss genommen.

Ratsherr Göddertz erklärt, dass er am Donnerstag einen Anruf von Herrn Baackmann erhalten habe. Ihm sei auf Nachfrage die Tendenz der SPD-Fraktion mitgeteilt worden. Ob dies Auswirkung auf seine Entscheidung gehabt habe, könne er nicht beurteilen.

Erster Beigeordneter Ketzer rät davon ab, eine gänzliche Absetzung des Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung zu beschließen. Es handle sich um einen Antrag zur Geschäftsordnung. Nach der Hauptsatzung seien Angelegenheiten, für die ein Gremium zuständig ist, in den vorgelagerten Gremien vor zu beraten. Auf eine Vorstellung des Kandidaten könne verzichtet werden, wenn dies nicht gewünscht sei.

Ratsherr Jungmann spricht sich für eine Vorstellung des Kandidaten aus. Es bestünden zudem noch Fragen zu dem Verfahren, die er allerdings unter dem Tagesordnungspunkt stellen werde.

Ratsherr Bombeck erklärt, dass eine Vorberatung dann ohne Vorstellung des Kandidaten durchgeführt werden könnte.

Ratsfrau Swoboda stellt fest, dass das Verfahren ordentlich abgearbeitet worden sei. Sie habe sich ebenfalls gewünscht, dass sich mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen. Die Rücknahme der Bewerbungen müsste so akzeptiert werden. Es bliebe jedem Bewerber überlassen, seine Chancen abzuwägen und dementsprechend zu reagieren. Es sollte Herrn Müller ermöglicht werden, sich zu präsentieren. Auch zur Information der Öffentlichkeit sollte eine Vorstellung erfolgen.

Oberbürgermeister Tischler bedankt sich für die Erläuterungen von Ratsfrau Swoboda. Alle Bewerber seien in Führungspositionen in anderen Städten tätig. Es sei üblich, dass die Bewerber Erkundigungen einholen und dementsprechend handeln würden.

Im Anschluss lässt **Oberbürgermeister Tischler** über den Antrag von Ratsherrn Bombeck, den Tagesordnungspunkt A 2 von der Tagesordnung zu nehmen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 20 Stimmen (10 SPD, 1 OB, 5 CDU, 1 LSB, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Die Linke, 1 DKP) gegen 1 Stimmen (1 ödp) abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung erfolgen nicht.

Oberbürgermeister Tischler erklärt, dass zu Tagesordnungspunkt A 9 „Entlastung der Organe der Sparkasse Bottrop und Verwendung des Jahresabschlusses 2015“ eine Kenntnisnahme vorgesehen sei. Bei Beratungsbedarf zu dem Tagesordnungspunkt hätten sich alle Organmitglieder der Beratung zu Ziffer 1 zu enthalten und müssten sich in den Zuschauerraum begeben.

Zu Tagesordnungspunkt A 10 „Entlastung der Organe der Sparkasse Bottrop 2015; hier: Entlastung des Herrn Oberbürgermeister Bernd Tischler“ werde er die Sitzungsleitung an Ratsherrn Göddertz übergeben.

Auf Nachfrage von **Oberbürgermeister Tischler** erfolgen keine Befangenheitserklärungen der Mitglieder des Ausschusses zu den vorliegenden Tagesordnungspunkten.

Oberbürgermeister Tischler stellt fest, dass zu dem Tagesordnungspunkt „Schulraumbedarf an der Hauptschule Welheim“ der letzten Sitzung des Schulausschusses eine Stellungnahme in der heutigen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses zugesagt worden sei. Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden, dass zum Ende der öffentlichen Sitzung eine Stellungnahme durch Ersten Beigeordneten Ketzler erfolgen werde.

Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|---|-----------|--|
| 1 | | Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 03.05.2016 - Nr. 2 / 2016 - |
| 2 | 2016/8877 | Besetzung der Stelle der/des Technischen Beigeordneten
<u>hier:</u> Vorstellung von Bewerber/innen |
| 3 | 2016/8866 | Bildung der Einigungsstelle gem. § 67 Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG)
<u>hier:</u> Wahlperiode der Personalvertretung vom 01.07.2016 bis 30.06.2020 |
| 4 | 2016/8874 | Vertreter der Stadt Bottrop in der Aufsichtsratssitzung der Innovation City Management GmbH (ICM);
<u>hier:</u> Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW |
| 5 | 2016/8777 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Bottrop für das Jahr 2016 |

- | | | |
|----|-----------|---|
| 6 | 2016/8811 | Änderung der Satzung zur Förderung des Leistungssports in Bottrop |
| 7 | 2016/8790 | Neufassung der Richtlinien der Stadt Bottrop über die Gewährung von Zuschüssen für die Durchführung von interkulturellen Veranstaltungen und Projekten |
| 8 | 2016/8767 | Zukunftsstadt Bottrop: Rahmenprojekte und Maßnahmen zur Umsetzung der "Vision Bottrop 2030+". |
| 9 | 2016/8841 | Entlastung der Organe der Sparkasse Bottrop und Verwendung des Jahresüberschusses 2015 |
| 10 | 2016/8842 | Entlastung der Organe der Sparkasse Bottrop 2015;
<u>hier:</u> Entlastung des Herrn Oberbürgermeisters Bernd Tischler |
| 11 | 2016/8845 | RWE AG - Aktien
RWW mbH - Geschäftsanteile
<u>hier:</u> Treuhandverträge mit der Vestische Straßenbahnen GmbH (VEST) |
| 12 | 2016/8871 | Bericht über die Abwicklung der Haushaltswirtschaft - Bericht zum 30.04.2016 |
| 13 | 2016/8872 | Zustimmung zur Leistung von Mehrauszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 1 GO NRW;
<u>hier:</u> Entscheidung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses |
| 14 | 2016/8868 | Erweiterung Josef Albers Museum |
| 15 | 2016/8867 | Mehrgenerationenhaus der Evang. Kirche Bottrop |
| 16 | 2016/8796 | Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW
<u>hier:</u> Festlegung der von der Stadt Bottrop durchzuführenden Maßnahmen für die Jahre 2017 und 2018 |
| 17 | 2016/8744 | Wohnbauflächenkonzept 2025 |
| 18 | 2016/8864 | Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie (Covenant of Mayors for Climate & Energy)
<u>hier:</u> Beitritt der Stadt Bottrop |
| 19 | 2016/8765 | Durchführung von Stadterneuerungsmaßnahmen aus dem Stadtumbauprogramm 2015
<u>hier:</u> Stadtumbau West
a) Stadtumbaugebiet Innenstadt / Innovation City
b) Sanierung des Rathauses (energetische Erneuerung und Schaffung von Barrierefreiheit) |

- 20 2016/8717 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 3.09/8 "Osterfelder Straße, Westring, verlängerte Schützenstraße, Straße Am Quellenbusch";
hier: 1. Ergebnis der öffentlichen Auslegung
 2. Satzungsbeschluss
- 21 2016/8812 Bebauungsplan Nr. 95 "Gertskamp"
hier: 1. Prüfung der Anregungen
 2. Änderung des Planentwurfs
 3. Satzungsbeschluss
- 22 2016/8813 Bebauungsplan Nr. 67 "Im Mandel" (Filmpark) - 6. Änderung
hier: 1. Prüfung der Anregungen
 2. Satzungsbeschluss

A) Öffentliche Sitzung:

1	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	Entscheidung
----------	--------------------------------------	---------------------

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 03.05.2016 - Nr. 2 / 2016 -

Einwände gegen die Fassung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 03.05.2016 – Nr. 2/2016 – werden nicht erhoben.

2	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8877 Vorberatung
----------	--------------------------------------	----------------------------------

Besetzung der Stelle der/des Technischen Beigeordneten
hier: Vorstellung von Bewerber/innen

Beschluss:

Die Vorstellung des Bewerbers wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Oberbürgermeister Tischler erläutert, dass in der Sitzung des Ältestenrates am 14.06.2016 über die weitere Vorgehensweise für die Wahl einer Technischen Beigeordneten beziehungsweise eines Technischen Beigeordneten gesprochen worden sei. Er habe darum gebeten, Vorschläge für die zu einer Vorstellung in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss einzuladenden Bewerberinnen und Bewerber zu unterbreiten. Daraufhin seien die Bewerberin Andrea Döring und die Bewerber Dirk Baackmann und Klaus Müller zu der heutigen Sitzung eingeladen worden. Herr Baackmann habe am letzten Freitag fernmündlich seine Bewerbung aus persönlichen Gründen zurückgezogen. Frau Döring habe ihre Bewerbung mit E-Mail vom 26.06.2016 zurückgenommen. Die Vorsitzenden der Ratsfraktionen, die Sprecher der Ratsgruppen sowie Ratsherr Radla seien darüber am Vortag informiert worden. Entsprechend der Abstimmung im Ältestenrat schlägt er vor, dass Herrn Müller maximal 15 Minuten für die Vorstellung eingeräumt werde. Im Anschluss bestehe die Möglichkeit für Fragen. Als maximaler Zeitraum sollten 30 Minuten ausreichend sein. Er weist darauf hin, dass im öffentlichen Teil der Sitzung keine Aussprache zur Person erfolgen könnte. Eine Aussprache könnte im Bedarfsfalle im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter Tagesordnungspunkt B 2 erfolgen.

Im Anschluss begrüßt **Oberbürgermeister Tischler** den in die Sitzung eintretenden Herrn Müller und bittet ihn um seine Vorstellung.

Herr Müller bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit zur Vorstellung. Aufgrund seines langjährigen Wohnsitzes in der Stadt habe er die Vorzüge und auch Herausforderungen und die handelnden Menschen der Stadt Bottrop kennengelernt. Es gehe ihm demnach bei der Wahrnehmung der Tätigkeiten als Technischer Beigeordneter um die Gestaltung der Stadt, in der er selbst seinen Lebensmittelpunkt habe. Durch seine bisherigen Tätigkeiten im strategischen Bereich und bei der Umsetzung von Projekten habe er bereits einen Beitrag dazu geleistet. Als Beispiele hierfür erwähnt er die Gestaltung des Flächennutzungsplanes und den Umbau des Berliner Platzes während seiner Tätigkeit im Stadtplanungsamt. Anschließend habe er für die Wirtschaftsförderung gearbeitet und dort die Zusammenarbeit von Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Umweltvorsorge unterstützt. Diese fachübergreifende Tätigkeit wolle er nun fortsetzen. Ab dem Jahre 2010 habe er verschiedene Funktionen im Bereich der InnovationCity bekleidet. Hierzu habe die Steuerung der Bewerbungsphase und die Koordination des Masterplan-Prozesses gezählt. Bei der Umsetzung des Masterplans habe er in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Wissenschaft und der Landes- und Bundesebene neue Wege beschritten. In dieser Zeit seien Leitungsaufgaben erfolgt, die über den organisatorischen Bereich hinausgegangen seien. Es bestehe der Wunsch nach mehr Verantwortungskompetenzen, die bei der Tätigkeit als Technischer Beigeordneter gegeben wären. Neben der wirtschaftlichen Lage bestünden weitere Herausforderungen, die in den nächsten Jahren zu bewältigen seien. Neben dem wirtschaftlichen Strukturwandel seien dies der demographische Wandel, die Energiewende und der Klimawandel. Diese Themen seien auch städtebaulich zu bewältigen. Der Strukturwandel in Bottrop beziehe sich insbesondere auf den Wegfall des Steinkohlebergbaus im Jahre 2018. Es sei Aufgabe der Stadt Bottrop, die Voraussetzungen zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu erbringen. Dazu zähle die Bereitstellung von gut erreichbaren Flächen. Die Folgenutzung von Bergbauflächen sei eine zentrale Aufgabe. Die Zusammenarbeit mit der RAG und dem Land sollte intensiviert werden. Die Kontakte aus dem regionalen Netzwerk „Wandel als Chance“, das er mit eingeleitet habe, möchte er dazu nutzen. Im Rahmen der Digitalisierung werde neben der Ansiedelung des klassischen Gewerbegebietes auch künftig die Schaffung von höherwertigen Arbeitsplätzen im Siedlungsbereich erforderlich.

Die Innenstadt sei weiterhin ein attraktiver Standort. Die schnelle Übernahme des Karstadtgebäudes würde dies beweisen. Auch für das Hansazentrum sehe er eine künftige positive Entwicklung. Aufgabe des Baudezernates sei es, den Umbau möglichst so zu gestalten, dass geringe Belastungen für die Bevölkerung entstehen. Hier seien seine Erfahrungen aus dem Umbau des Berliner Platzes hilfreich.

Der demographische Wandel stelle sich in Bottrop durch drei Schwerpunkte dar. Dies seien Alterung, Individualisierung und Migration. Das klassische Einfamilienhaus stehe demnach nicht mehr im Mittelpunkt. Es seien nunmehr andere Wohnformen auch in Kombination mit nicht störenden anderen Nutzungen zu schaffen. Dies würde auch weiterhin die Ghetto-Bildung in Bottrop vermeiden. Hierzu könne er auf seine Erfahrungen aus der Bauleitplanung zurückgreifen.

Im Bestand seien gute Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Programm „soziale Stadt“ zu verzeichnen. Stadterneuerung und soziale Maßnahmen sollten auch künftig miteinander umgesetzt werden. Basierend auf seine Erfahrungen aus dem Bereich „Soziale Stadt“ und Stadtumbau West könnte die weitere Umsetzung fortgeführt werden.

Im Bereich Klimawandel und Energie sei durch das Model „Klimagerechter Stadtumbau“ für die Bürger in Bottrop eine Senkung der Energiekosten erreicht worden. Im Rahmen des InnovationCity-Prozess werde nicht nur auf die Energietechnik Wert gelegt, sondern auch auf die Stadtentwicklung. Darauf werde im Masterplan besonderer Wert gelegt. Die Umsetzung dieser Ziele möchte er weiter begleiten.

Im Rahmen der Mobilität seien die Förderung des Radverkehrs und die Beschleunigung des ÖPNV als Ziel gesetzt. Zudem sei seines Erachtens auch der Umstieg zwischen den Verkehrsträgern ein wichtiger Aspekt. Auch bei Senkung des Autoverkehrs müssten hierfür Erschließungen der Gewerbegebiete, des Zentrums und der Nebenzentren geschaffen werden.

In anderen Handlungsfeldern sollten die Möglichkeiten der InnovationCity umgesetzt werden. Zur regionalen und überregionalen Wirtschaft, zum Land und Bund seien gute Kontakte aufgebaut worden, die weiter genutzt werden sollten. Bei der Verwendung von Fördermitteln sollten immer auch die Folgekosten, wie zum Beispiel Personalkosten für die Projektsteuerung, bedacht werden.

Auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung werde seinerseits bei geplanten Maßnahmen großer Wert gelegt. Das habe sich auf bisherige Planungen positiv ausgewirkt. Die Einbeziehung der Bürger führe nicht nur zu größerer Akzeptanz in der Bürgerschaft sondern auch zu besseren Planungsergebnissen. Außerdem werde seitens der Bevölkerung aktiv mitgewirkt. Es seien große Investitionen getätigt worden und es gäbe aber auch einfaches Engagement, wie beispielsweise die Schaffung der Gemeinschaftsgärten.

Abschließend stellt er fest, dass er seit 14 Jahren bei der Stadt Bottrop beschäftigt sei. Er kenne die Leute und vertraue ihnen. Ihm seien allerdings auch Bereiche bekannt, die verbesserungswürdig seien. In der Vergangenheit habe er auf fachübergreifender Ebene Leitungsaufgaben übernommen. Er sehe dies als gute Voraussetzung für die Tätigkeit als Technischer Beigeordneter. Er sei der Auffassung, dass er den Aufgaben persönlich und fachlich gewachsen sei. Er sei maßgeblich an der Erarbeitung von Zielvorstellungen für die Stadt Bottrop beteiligt gewesen. Auf der Grundlage wünsche er sich eine weitere Zusammenarbeit. Er werbe um das Vertrauen für die Wahl als Technischer Beigeordneter und für die dann folgende Zeit.

Oberbürgermeister Tischler bedankt sich bei Herrn Müller und eröffnet die Fragerunde.

Ratsherr Göddertz fragt nach, wie er die Wirtschaftlichkeit mit den kostenintensiven Klimazielen zu vereinbaren gedenke.

Herr Müller erklärt für die Ebene der einzelnen Haushalte, dass die Eigentümer einen persönlichen Nutzen aus dem klimagerechten Handeln erzielen möchten. Das werde unter anderem durch die Senkung von Heizkosten ermöglicht. Zu Erleichterung der Finanzierung stünde ein Förderprogramm des Landes zur Verfügung, das in Anspruch genommen werden könnte. Dadurch würde ein wirtschaftliches Handeln möglich gemacht. Außerdem spiele die Beratung eine große Rolle.

Ratsherr Jungmann bedankt sich bei Herrn Müller für seinen Vorstellungsvortrag. Es gäbe nur noch wenige Fragen, die zu beantworten seien, da bereits eine Vorstellung der Bewerber in den Fraktionen erfolgt sei.

Er könne ihm nicht ersparen anzuhören, dass die CDU-Fraktion nicht mit dem Verfahren einverstanden sei, das zur Wahl des neuen Dezernenten führen würde. Es sei zu bemängeln, dass kein Konkurrent mehr vorhanden sei. Die weiteren Bewerber hätten bei der Vorstellung nicht vermuten lassen, dass eine Rücknahme der Bewerbung erfolgen werde. Ratsherr Göddertz habe hierzu eindeutig erklärt, warum die Bewerbungen zurückgezogen worden seien. Das weitere Verfahren sei eine Farce.

Es gehe der CDU-Fraktion im Wesentlichen darum, was in Zukunft auf Herrn Müller zukomme. Ein wichtiger Bereich sei die künftige Führungsverantwortung. Als Technischer Beigeordneter seien ihm mehrere Hundert Bedienstete unterstellt. Er erkundigt sich, wie das bisherige Verhältnis zu den Amtsleitern des Dezernats gewesen sei, ob eine Zusammenarbeit in Augenhöhe vorgelegen habe oder ob bisher keine Erfahrungen bestehen würden. Er fragt nach, wie er die Führungsposition auszukleiden gedenkt, zumal er eine Hierarchieebene überspringen würde, was zu Problemen führen könnte. Er fragt nach, welche Erfahrungen er in der Hinsicht mitbringen und wie sich sein Gesamtkonzept darstellen würde.

Herr Müller erklärt, dass bisher ein gleichwertiges Verhältnis zu den Amts- und Fachbereichsleitern bestanden habe. Es habe auch in einigen Bereichen eine Federführung bei Maßnahmen bestanden. Aufgrund seines bisherigen Aufgabenbereichs sei er nicht der Auffassung, dass er an anderen vorbeiziehe.

Seine bisherige Mitarbeiterzahl sei deutlich geringer als die Anzahl der künftigen Mitarbeiter im Baudezernat. Er sehe seine Aufgabe jedoch eher in der Führung der Führungskräfte. Das sei die Ebene, mit der er bereits schon zusammen gearbeitet habe. Aufgrund der bisherigen guten Zusammenarbeit befürchte er dahingehend keine Probleme.

Ratsherr Jungmann erkundigt sich, wie viele Mitarbeiter im Baudezernat tätig seien.

Herr Müller erklärt, dass es sechs Fachbereichs- bzw. Amtsleiter gäbe. Die Zahl der gesamten Mitarbeiter liege in einem hohen dreistelligen Bereich. Im Bereich der InnovationCity habe er eine disziplinarische Verantwortung für 5 Mitarbeiter gehabt. Im Produkt InnovationCity seien es zehn Mitarbeiter gewesen, die nicht alle in seinem unmittelbaren Bereich tätig gewesen seien.

Ratsherr Ferdinand bedankt sich für die Vorstellung. Er sieht in dem Strukturwandel eine der wichtigsten künftigen Aufgaben. Im Bereich der „Vision Bottrop 2030+“ sei seitens der Ratsgruppe Die Linke kritisiert worden, dass lediglich die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Freizeitbereich angedacht sei. Er befürworte die Schaffung von Arbeitsplätzen. Er möchte wissen, welche Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Die angesprochene Digitalisierung sei ein wichtiger Aspekt. Er bedauere, dass in Bottrop bisher kein freies WLAN-Netz angeboten werde.

Er fragt nach, welche Ideen bezüglich des Flughafens Schwarze Heide und des geplanten Gewerbegebietes bestehen würden. Außerdem erkundigt er sich nach der Ansiedelung von IKEA, womit auch eine Schaffung von Arbeitsplätzen in Zusammenhang stehen würde. Zudem möchte er wissen, welche Meinung er zum Ausbau der B 224

habe. IKEA habe dazu ein Konzept mit und eins ohne Ausbau der Bundesstraße vorgelegt. Insbesondere interessieren ihn die Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Herr Müller erklärt, dass eine Entscheidung über Arbeitsplätze nicht alleine vom Baudezernat getroffen werden könnte. Es müsste eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung erfolgen. Hierzu sollte dezernatsübergreifend vorgegangen werden. In den Maßnahmenpaketen zur vorliegenden Beschlussvorlage „Vision Bottrop 2030+“ sei die Schaffung von Arbeitsplätzen auch in anderen Bereichen vorgesehen. Es gehe um Neugründungen aus dem Bereich der Hochschule „Ruhr West“ und zum Thema Energie. Es seien neue Flächen zu schaffen, die nicht nur die Ansiedelung von klassischen Gewerbegebieten vorsehe. Hier könnte auch Platz für kleinere Betriebe geschaffen werden.

Er wünsche sich für das Gewerbegebiet im Bereich des Flughafens Schwarzen Heide eine Erweiterung. Im Moment sei dort nur Gewerbe bezogen auf den Flugbereich möglich. Eine Änderung durchzusetzen sei jedoch schwierig, da die Regionalplanung festgeschrieben sei. Im Regionalplanungsprozess müsste das Thema noch einmal aufgegriffen werden. Er könne jedoch keine großen Erfolgsaussichten versprechen.

Er spricht sich für die Standortwahl der IKEA-Ansiedelung aus. In die Planung seien die Nachbarstädte mit einbezogen worden. IKEA könnte auch ohne den Ausbau der B 224 bestehen. Er unterstütze jedoch den Ausbau, da dadurch auch der Stadt Bottrop Vorteile entstehen. Es gäbe keine alternativen Wege, die vom Kern des Ruhrgebiets in den Norden führen.

Ratsherr Gerber bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung. Er habe sich ein Verfahren mit mehreren Kandidatinnen und Kandidaten gewünscht. Dies sei keine Herrn Müller persönlich betreffende Anmerkung.

Herr Müller habe ausgeführt, dass die Zusammenarbeit mit Behörden des Landes und des Bundes gut sei. Die Bundesbahn wäre jedoch ein schwieriger Verhandlungspartner. Als Beispiele führt er die Probleme bezüglich des Bahnhofs Bottrop-Boy und der Brücke an der Prosperstraße auf. Er fragt nach, ob er durch bedachte eindringliche Verhandlungen die Möglichkeit sehe, eine Lösung im Interesse der Bürger zu finden. Der Flächennutzungsplan sei vor zwölf Jahren erstellt worden. Mittlerweile gäbe es neue Erkenntnisse bezüglich des Klimawandels und des Erfordernisses von Freiflächen im Stadtgebiet. Er fragt nach, ob deshalb eine kritische Überprüfung des Flächennutzungsplans anzustreben sei.

Herr Müller erklärt, dass bisher weniger Kontakt zur Bundesbahn bestand. Es handele sich um ein privatwirtschaftliches Unternehmen, bei dem es schwierig wäre, einen verlässlichen Ansprechpartner zu finden.

Im Flächennutzungsplan seien im Jahre 2004 bereits Bereiche geschaffen worden, die eine besondere Freiraumfunktion hätten. Beispielhaft führt er die Rheinbabensiedlung an, in der große Gartengebiete als Freiflächen gesichert seien. Eine komplette Überarbeitung des Flächennutzungsplans sei nicht erforderlich. Es gäbe allerdings einige Bauflächendarstellungen, die schwer umsetzbar seien. Dafür müssten eventuell alternative Standorte gesucht werden. Es gäbe allerdings keine großen Flächenkapazitäten. Vielerorts würde das Wasserproblem eine Bebauung unwirtschaftlich machen.

Oberbürgermeister Tischler bedankt sich bei Herrn Müller für die Vorstellung und verabschiedet ihn. Er kündigt für die Ratssitzung eine entsprechende Beschlussvorlage an.

3	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	2016/8866 Vorberatung
----------	-------------------------------------	--

Bildung der Einigungsstelle gem. § 67 Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG)
hier: Wahlperiode der Personalvertretung vom 01.07.2016 bis 30.06.2020

Beschluss:

a) Dem Personalrat wird vorgeschlagen,

als vorsitzende Person Herrn Rechtsanwalt und Notar Erich Stemplewitz und
als Stellvertreter Herrn Rechtsanwalt Carsten Hoenscher

zu bestellen.

b) Seitens der obersten Dienstbehörde werden

Herr Studienleiter Uwe Malik,
Herr stellv. Studienleiter Bernd Bak,
Herr Sparkassendirektor Thomas Schmidt,
Herr Sparkassendirektor Burkhard Klanten,
Herr Vorstandsvorsitzender Uwe Wolters,
Herr Vorstand Carsten Sußmann

als Beisitzer der Einigungsstelle vorgemerkt. Die Bestellung der Beisitzer erfolgt an-
lassbezogen bei einem anstehenden Einigungsstellenverfahren.

c) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt,

- im Falle der Zustimmung durch den Personalrat die vorsitzende Person der Einigungsstelle sowie deren Stellvertretung zu bestellen,
- Beisitzer aus dem angegebenen Personenkreis anlassbezogen für das jeweilige Einigungsstellenverfahren zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8874 Vorberatung
----------	--------------------------------------	--

Vertreter der Stadt Bottrop in der Aufsichtsratssitzung der Innovation City Management GmbH (ICM);

hier: Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW

Beschluss:

Die folgende Dringlichkeitsentscheidung vom 09.06.2016 wird gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

„Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW

Als Vertreter der Stadt Bottrop in der Aufsichtsratssitzung der ICM am 13.06.2016 wird Ratsherr Rainer Hürter in Vertretung für Rats Herrn Hermann Hirschfelder bestellt.

Bottrop, 09.06.2016

gez.: Tischler
Oberbürgermeister

gez.: Strehl
Bürgermeister“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8777 Vorberatung
----------	--------------------------------------	--

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Bottrop für das Jahr 2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die in der Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügte Rechtsverordnung.

Abstimmungsergebnis:

Mit 18 Stimmen (10 SPD, 5 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 LSB, 1 OB) gegen 3 Stimmen (1 DKP, 1 Die Linke, 1 ödp)

Erläuterungen:

Oberbürgermeister Tischler erläutert, dass die „Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Bottrop für das Jahr 2016“ im letzten Jahr durch den Rat beschlossen worden sei. Die Kirchhellener Werbegemeinschaft habe nun um zwei Änderungen gebeten. Die Verwaltung empfehle, der Bitte zur Änderung der Rechtsverordnung nachzukommen.

Ratsherr Ferdinand erklärt, dass die Haltung der Ratsgruppe Die Linke zu den Sonntagsöffnungen bekannt sei. Da die Gesamtzahl der Sonntagsöffnungen bestehen bleibe, werde die Ratsgruppe Die Linke den Beschlussvorschlag ablehnen.

6	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8811 Kenntnisnahme
----------	--------------------------------------	--

Änderung der Satzung zur Förderung des Leistungssports in Bottrop

Beschluss:

Die Satzungsänderung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

7	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8790 Vorberatung
----------	--------------------------------------	--

Neufassung der Richtlinien der Stadt Bottrop über die Gewährung von Zuschüssen für die Durchführung von interkulturellen Veranstaltungen und Projekten

Beschluss:

Dem Entwurf der Richtlinien der Stadt Bottrop über die Gewährung von Zuschüssen für die Durchführung von interkulturellen Veranstaltungen und Projekten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8767 Vorberatung
----------	--------------------------------------	--

Zukunftsstadt Bottrop: Rahmenprojekte und Maßnahmen zur Umsetzung der "Vision Bottrop 2030+".

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bottrop unterstützt die gemeinschaftlich erarbeiteten Rahmenprojekte und Maßnahmen zur Umsetzung der "Vision Bottrop 2030+".
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenprojekte und Maßnahmen im Rahmen des weiteren Zukunftsstadt-Prozesses inhaltlich zu vertiefen, räumlich zu verorten und geeignete Finanzierungswege zur Realisierung auszuloten.
3. Die Einzelmaßnahmen sind vor einer Realisierung in den jeweils zuständigen kommunalpolitischen Gremien zu beraten und ggf. zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 20 Stimmen (10 SPD, 5 CDU, 1 ödp, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 LSB, 1 DKP, 1 OB) gegen 1 Stimme (1 Die Linke)

9	Drucksachennummer:	2016/8841
	Zuständigkeit:	Kenntnisnahme

Entlastung der Organe der Sparkasse Bottrop und Verwendung des Jahresüberschusses 2015

Beschluss:

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Den Organen der Sparkasse Bottrop, mit Ausnahme von Herrn Oberbürgermeister Bernd Tischler, wird aufgrund des vom Verwaltungsrat der Sparkasse Bottrop festgestellten Jahresabschlusses und des von ihm gebilligten Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.
2. Von dem Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 936.191,06 EUR wird gemäß § 24 Abs. 4 SpkG NW in Verbindung mit § 8 Abs. 2g und § 25 SpkG 817.390,94 EUR der Sicherheitsrücklage zugeführt und 118.800,12 EUR (vor Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) an den Träger ausgeschüttet.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Oberbürgermeister Tischler führt hierzu aus, wie eingangs bereits erwähnt, dass die Beschlussvorlage für die heutige Sitzung lediglich eine Kenntnisnahme vorsehe. Wenn weiterer Beratungsbedarf bestehe, so müssten sich alle Organmitglieder der Beratung zu Ziffer 1 enthalten und in den Zuschauerraum begeben.

Ratsherr Gerber erklärt, dass er in der Ratssitzung zu dem Tagesordnungspunkt Stellung nehmen werde. Die DKP-Ratsgruppe werde gegen die Entlastung stimmen. Begründet werde die Ablehnung mit der Schließung der vier Zweigstellen der Sparkasse im Bottroper Süden.

Ratsherr Ferdinand schließt sich den Worten von Rats Herrn Gerber an. Zudem gäbe es undurchsichtige Geschäfte mit dem SPD-Unterbezirk und dessen Zeitung, zu denen die Sparkasse keine Auskünfte erteilen würde.

Ratsfrau Swoboda fragt nach, ob die Mitglieder der Organe der Sparkasse an der Beratung und Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt in der Ratssitzung nicht teilnehmen dürften.

Oberbürgermeister Tischler bestätigt dies.

Oberbürgermeister Tischler übergibt zu dem Tagesordnungspunkt A 10 die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses, Ratsherrn Göddertz. Er begibt sich in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

10	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8842 Kenntnisnahme
-----------	--------------------------------------	--

Entlastung der Organe der Sparkasse Bottrop 2015;
hier: Entlastung des Herrn Oberbürgermeisters Bernd Tischler

Beschluss:

Herrn Oberbürgermeister Bernd Tischler wird aufgrund des vom Verwaltungsrat der Sparkasse Bottrop festgestellten Jahresabschlusses und des von ihm gebilligten Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Ratsherr Gerber erläutert, dass seine Anmerkungen zu Tagesordnungspunkt A 9 auch für diesen Tagesordnungspunkt gelten würden.

Oberbürgermeister Tischler übernimmt zum Tagesordnungspunkt A 11 die Sitzungsleitung.

11	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8845 Vorberatung
-----------	--------------------------------------	--

RWE AG - Aktien
RWW mbH - Geschäftsanteile
hier: Treuhandverträge mit der Vestische Straßenbahnen GmbH (VEST)

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden Treuhandvertrag mit der VEST aufzuheben und die RWE-Aktien zur steuerlichen Optimierung und zur Stärkung des Betriebsvermögens in den Bottroper Sport- und Bäderbetrieb (BSBB) einzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Erläuterungen:

Ratsherr Jungmann erklärt, dass die dargestellte rechtliche Situation in Bezug auf das wirtschaftliche Eigentum und die Bilanzierung bei der ehemaligen Vestischen nicht nachvollziehbar sei. Er erkundigt sich zudem, wie die Verwaltung in Zukunft mit den RWE-Aktien verfahren möchte.

Stadtkämmerer Loeven merkt an, dass der Sachverhalt in der Beschlussvorlage schlüssig beschreiben sei und so seine Richtigkeit habe. Die konkreten bilanziellen Auswirkungen seien von dem Zeitpunkt abhängig, an dem das Vermögen wieder zurückgehe. Es ergebe sich ein Unterschied zwischen dem dann geltenden Kurswert der Aktien zu dem damals in den Bilanzwert eingelegten Kurswert. In der Ankündigung im zweiten Teil der Beschlussvorlage gehe es um den Wert des Anteils an der Rheinisch Wertfälschen Wasserwerksgesellschaft mbH, dessen Wert nicht ermittelt werden könnte, da er im Moment nicht an der Börse gehandelt werde. Dort würden auch steuerlich Neubewertungen durchzuführen sein. Es werde darauf geachtet, dass keine ungewünschten steuerlichen Folgen entstehen. Es gehe nunmehr um die Reduzierung eines latenten steuerlichen Risikos, das bisher von den Finanzbehörden nicht aufgegriffen worden sei. Da es keinen schlüssigen Grund gäbe, sich dem Risiko weiter auszusetzen, sollte eine Übertragung zum Bottroper Sport- und Bäderbetrieb, der ein Verlustbetrieb sei, vorgenommen werden. Dies stehe nicht im direkten Zusammenhang mit dem eigentlichen Umgang der RWE-Aktien. Hierüber sei Anfang des Jahres durch die Politik beschlossen worden, momentan keinen Verkauf anzustreben. Ein Verkauf wäre aufgrund der Einlage im Bottroper Sport- und Bäderbetrieb einfacher, da dies ohne Rückführung direkt erfolgen könnte.

Ratsherr Jungmann fragt nach, ob keine Absicht bestehe, die Aktien zu veräußern, da man ansonsten wohl keine Umschichtung vornehmen würde.

Stadtkämmerer Loeven erklärt, dass sich der Sachstand nicht wesentlich geändert habe. Deshalb würden keine Überlegungen anstehen, die Aktien zu veräußern.

12	Drucksachennummer: 2016/8871 Zuständigkeit: Kenntnisnahme
-----------	--

Bericht über die Abwicklung der Haushaltswirtschaft - Bericht zum 30.04.2016

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

13	Drucksachennummer: 2016/8872 Zuständigkeit: Entscheidung	
-----------	---	--

Zustimmung zur Leistung von Mehrauszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 1 GO NRW;
hier: Entscheidung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses

Beschluss:

Der Leistung folgender Mehrauszahlung im Sinne des § 83 Abs. 1 GO NRW wird zugestimmt:

Teilergebnisplan	Bezeichnung	Betrag / EUR
Produkt 04 05 01	Quadrat	80.000,00
Zeile 108	Auszahlungen für Baumaßnahmen	

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Erläuterungen:

Ratsherr Jungmann erkundigt sich, warum der Betrag aus dem Bereich der Grundschulen genommen werde. Er fragt nach, ob dort keine Bedarfe mehr bestehen würden.

Stadtkämmerer Loeven erklärt, dass es sich um Mittel aus der Maßnahme zum Ausbau der Ludgerusschule handeln würde, die in der Höhe nicht mehr benötigt würden.

Ratsherr Jungmann merkt an, dass es sich um Mittel aus dem Schulbereich handele, die auch in dem Bereich anderweitig hätten verausgabt werden könnten. Jetzt werde das Geld für das Quadrat eingesetzt. Es seien auch Mittel durch die Nichtbesetzung der Beigeordneten-Stelle eingespart worden, die dafür hätten verwendet werden können.

Stadtkämmerer Loeven entgegnet, dass zwischen investiven und konsumtiven Mitteln zu differenzieren sei. Es handele sich hier um einen investiven Betrag, der nicht für konsumtive Bedarfe im Schulbereich eingesetzt werden könnte. Es handele sich, wie bereits erwähnt um eine Einsparung, die nicht mehr für den eigentlichen Zweck benötigt werde.

Ratsherr Hürter fragt nach, ob keine Bedarfe mehr im Grundschulbereich bestehen würden. Dort seien einige Baumaßnahmen noch nicht umgesetzt. Das Geld hätte man aus dem Bereich der Kultur und nicht aus dem Schulbereich nehmen sollen.

Stadtkämmerer Loeven stellt noch einmal klar, dass die Baukosten für die Ludgerusschule geringer ausgefallen seien. Der Betrag hätte auch aus einer anderen Baumaßnahme genommen werden können, wenn dort verringerte Kosten entstanden wären. Es bestehe nicht die Möglichkeit, diese Einsparung für neue Maßnahmen im Schulbereich zu nutzen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt seien. Das sei mit dem Haushaltsrecht nicht vereinbar.

Zudem handele es sich um eine Vorfinanzierung. Es werde eine Landesförderung in Höhe von 80.000 Euro erwartet.

14	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8868 Entscheidung
----	--------------------------------------	---------------------------

Erweiterung Josef Albers Museum

Beschluss:

Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Auswahl eines Architekturbüros für die Planung einer Erweiterung des „Josef Albers Museum/Quadrat“ einzuleiten. Aufgrund des Ergebnisses des Auswahlverfahrens soll nach Vorberatung in den Fachausschüssen der Planungsauftrag im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss erteilt werden. Bis dahin ist die Gesamtfinanzierung sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Erläuterungen:

Oberbürgermeister Tischler erläutert, dass die Beschlussvorlage im Kulturausschuss vorberaten und ein einstimmiges Votum für den Beschlussvorschlag getroffen worden sei.

Ratsfrau Palberg merkt an, dass mit der Vergabe des Planungsauftrages der erste Schritt zur Erweiterung des Josef Albers Museums/Quadrats getan sei. Das sei eine große Chance für Bottrop. Wichtig sei nunmehr, dass die Gesamtfinanzierung gesichert und nicht von der Stadt Bottrop zu tragen sei. Ein großer Teil der Folgekosten werde voraussichtlich durch Sponsoren übernommen. Man müsse die Folgekosten beachten.

Ratsherr Jungmann stellt fest, dass bereits eine Ausschreibung über die freiberuflichen Leistungen „Vorbereitung und Betreuung des Planungswettbewerbs Erweiterung Museum Bottrop/Quadrat“ im Internet zu finden sei. Die Ausschreibung sei schon seit Juni geschaltet, obwohl am heutigen Tage erst die Entscheidung erfolgen sollte.

Stadtkämmerer Loeven bestätigt, dass die Ausschreibung ab Juni im Internet geschaltet sei. Das Verfahren sollte damit eingeleitet werden. Wenn am heutigen Tage eine Ablehnung des Beschlussvorschlages erfolgen würde, werde das Verfahren gestoppt.

Ratsherr Gerber erklärt, dass bei der Schenkung der Bilder von Josef Albers die dauerhafte Ausstellung zugesagt worden sei. Die heutige Zustimmung werde unter der Voraussetzung gegeben, dass die Finanzierung ausschließlich durch Drittmittel erfolge. Auch die Folgekosten sollten nicht den städtischen Haushalt belasten. Eine Finanzierung durch Umschichtung aus dem Jugend-, Kultur- oder Bildungsbereich würde jedoch abgelehnt.

Ratsfrau Swoboda sieht kein Problem in der vorgezogenen Ausschreibung des Planungsauftrages. Aufgrund des engen Zeitplanes sei diese Vorgehensweise vorausschauend. Es sei erstaunlich, dass ein Sponsoring in der Kostenhöhe erfolgen werde. Die Erweiterung des Gebäudes werde über die Grenzen Bottrops hinaus an Bedeutung erlangen. Der Stadtgarten werde auch nach der Erweiterung ein schönes Umfeld darstellen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde die Erweiterung in der Hoffnung unterstützen, dass die Kosten insgesamt durch Drittfinanzierung erfolge.

Ratsherr Bombeck erwarte im Herbst des Jahres zu der Finanzierung der Bau- und Folgekosten eine detaillierte Beschlussvorlage. Zudem sollte die Werbung für das Quadrat nicht nur außerhalb der Stadt Bottrop erfolgen. Er wendet seine Bitte an Herrn Dr. Liesbrock, dass auch die Bottroper Bevölkerung angesprochen werde.

Ratsherr Hürter habe für die heutige Sitzung eine Finanzvorlage zur Haushaltsermächtigung für die Planungskosten erwartet.

Stadtkämmerer Loeven erklärt, dass die Finanzvorlage nach Auswahl der Architekten für den Planungsauftrag im Herbst erfolgen werde. Er erwarte bis dahin verbindlichere Zusagen der Sponsoren und eine Bewilligung der Landeszuschüsse für die Planungskosten.

15	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8867 Vorberatung
-----------	--------------------------------------	--

Mehrgenerationenhaus der Evang. Kirche Bottrop

Beschluss:

Rat beschließt, das Mehrgenerationenhaus Bottrop in die Koordinierung der vorhandenen und geplanten Angebote zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses einzubinden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8796 Kenntnisnahme
-----------	--------------------------------------	--

Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW

hier:

Festlegung der von der Stadt Bottrop durchzuführenden Maßnahmen für die Jahre 2017 und 2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt der in der Anlage beigefügten Liste der durchzuführenden Maßnahmen mit der festgelegten Priorisierung für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 zu und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Fördermittel abzurufen.

Der Rat der Stadt beschließt, die Mittel nur zur Entlastung des städtischen Haushalts vorzusehen und die Anträge Dritter im Rahmen der Ermessensausübung nach einer Einzelfallabwägung nicht zu berücksichtigen.

Anmerkung der Protokollführung:

Die beschlossene Maßnahmenliste ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zu Satz 1: Einstimmig

Zu Satz 2: Einstimmig

Erläuterungen:

Oberbürgermeister Tischler erklärt, dass die Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen dem gesamten Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt habe. Die Bezirksvertretungen Bottrop-Mitte und Bottrop-Süd hätten Satz 1 des Beschlussvorschlages mehrheitlich abgelehnt und Satz 2 einstimmig zugestimmt. Der Bau- und Verkehrsausschuss habe dem gesamten Beschlussvorschlag einstimmig bei einer Enthaltung mit einer Änderung der Maßnahmenliste zugestimmt. Demnach seien aus der Liste der Maßnahmen, die der Beschlussvorlage angefügt war, die Maßnahmen aus 2017 teilweise und aus 2018 vollständig zu streichen.

Für die heutige Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses sei die Beschlussvorlage zur Kenntnisnahme vorgesehen. Aufgrund der unterschiedlichen Beschlüsse der vorberatenden Gremien seien nach § 11 Absatz 3 der Hauptsatzung die Vorberatungsergebnisse aufeinander abzustimmen und eine Beschlussempfehlung für den Rat zu fassen. Er schlägt deshalb vor, über die im Bau- und Verkehrsausschuss erfolgte geänderte Liste der Maßnahmen abzustimmen und im Anschluss über die gesamte Beschlussvorlage getrennt nach Satz 1 und 2 zu entscheiden.

Im Anschluss lässt **Oberbürgermeister Tischler** über die im Bau- und Verkehrsausschuss beschlossene Maßnahmenliste abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Danach erfolgt die Abstimmung über die Gesamtvorlage unter Berücksichtigung des gefassten Beschlusses zum Maßnahmenkatalog getrennt nach Satz 1 und 2 des Beschlussvorschlages.

17	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8744 Vorberatung
----	--------------------------------------	--------------------------

Wohnbauflächenkonzept 2025

Beschluss:

1. Dem Konzept und den Leitsätzen wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend den in der Vorlage formulierten Leitsätzen zu verfahren.

Anmerkung der Protokollführung:

Der Beschluss zu Nr. 2 wurde folgendermaßen abgeändert:

„Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend den modifizierten und ergänzten Leitsätzen zu verfahren.“

Die beschlossene Liste der Leitziele ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zu Nr. 1: Mit 19 Stimmen (10 SPD, 5 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 ödp, 1 LSB, 1 OB) gegen 2 Stimmen (1 DKP, 1 Die Linke)

Zu Nr. 2: Mit 19 Stimmen (10 SPD, 5 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 ödp, 1 LSB, 1 OB) gegen 2 Stimmen (1 DKP, 1 Die Linke)

Erläuterungen:

Oberbürgermeister Tischler erläutert, dass die Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen zu der Beschlussvorlage eine getrennte Beschlussfassung zu Punkt 1 und 2 vorgenommen habe. Dem Punkt 1 sei einstimmig zugestimmt und zu Punkt 2 sei mehrheitlich dagegen gestimmt worden.

Die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte und Bottrop-Süd habe der gesamten Beschlussvorlage einstimmig mit einer Ergänzung zugestimmt:

„Entgegen der Beschlussvorlage wird der Leitsatz Nr. 5 dahingehend abgeändert, dass nicht nur dem Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz, sondern insgesamt den parlamentarischen Gremien zu berichten ist.“

Im Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschuss sei der Beschlussvorlage mit einer Ergänzung der Leitsätze zugestimmt worden. Demnach sei folgender Leitsatz 6 anzufügen:

„Die Entwicklung beim Bau von Sozialwohnungen wird fortgeschrieben. Sobald die Festschreibung von Quoten dazu führt, dass Bauvorhaben nicht realisiert werden, ist der Politik darüber zu berichten. Ausnahmen von den Leitsätzen sind in begründeten Fällen sinnvoller Stadtentwicklung immer möglich. Sie sind politisch zu beschließen. Die Leitsätze müssen dann evaluiert werden, um den notwendigen Mietwohnungsbau nicht als Ganzes zu gefährden.“

Diese Ergänzung sei ebenfalls im Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz mit einer weiteren Ergänzung des Leitsatzes Nr. 5 beschlossen worden:

„Entgegen dem Vorschlag der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte und Bottrop-Süd soll die Verwaltung zu gegebener Zeit in den zuständigen politischen Gremien berichten.“

Ratsherr Bombeck erklärt, dass die ödp-Fraktion dem Wohnbauflächenkonzept zustimmen werde. Es werde allerdings die Bebauung der Bereiche Vossundern, Brandenheide und Wankelstraße abgelehnt.

Ratsfrau Swoboda stellt fest, dass es sich um eine Potential-Analyse handeln würde. Welche Flächen tatsächlich bebaut würden, sei durch die politischen Gremien noch zu beschließen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ratsherr Jungmann erklärt, dass jede einzelne zur Bebauung vorgeschlagene Fläche zu prüfen sei. Auch das Gebiet „Möddericher Straße“ werde als ausbaufähig angesehen.

Ratsherr Bombeck merkt an, dass die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz anders argumentiert habe. Das Gesamtkonzept werde für sinnvoll erachtet. Zudem sei in der Auflistung „Stand der Beratung bei durchlaufenden Vorlagen“ aufgeführt, dass die ödp-Ratsfraktion dafür und dagegen gestimmt habe. Dies sei nicht richtig wiedergegeben.

Anmerkung der Protokollführung:

In der Übersicht über den Stand der Beratung bei durchlaufenden Vorlagen mit Stand vom 23.06.2016 wurde das Abstimmungsergebnis zu der Drucksachen-Nr.: 2016/8744; Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz; Abstimmungsergebnis über die Beschlussvorlage; zu 2.; falsch wiedergegeben. Anstatt der aufgeführten Gegenstimme durch die ödp-Fraktion erfolgte die Gegenstimme durch die Ratsgruppe Die Linke.

Ratsherr Gerber merkt an, dass die DKP-Ratsgruppe gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde.

Ratsherr Ferdinand erklärt, dass die Ratsgruppe Die Linke gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde, da die Vorgaben zur Schaffung von Sozialwohnungen zu gering erscheinen.

Im Anschluss lässt **Oberbürgermeister Tischler** zunächst über die Änderungen und Ergänzungen des Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschusses und des Ausschusses für Stadtplanung und Umweltschutz abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 19 Stimmen (10 SPD, 5 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 ödp, 1 LSB, 1 OB) gegen 2 Stimmen (1 DKP, 1 Die Linke)

Danach erfolgt die Abstimmung über die Gesamtvorlage unter Berücksichtigung des gefassten Beschlusses zur geänderten Liste der Leitsätze getrennt nach Nummern 1 und 2 des Beschlussvorschlages.

18	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8864 Vorberatung
-----------	--------------------------------------	--

Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie (Covenant of Mayors for Climate & Energy)

hier: Beitritt der Stadt Bottrop

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, dem Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie (Covenant of Mayors for Climate & Energy) beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8765 Vorberatung
-----------	--------------------------------------	--

Durchführung von Stadterneuerungsmaßnahmen aus dem Stadtumbauprogramm 2015

hier: Stadtumbau West

- a) Stadtumbaugebiet Innenstadt / Innovation City
- b) Sanierung des Rathauses (energetische Erneuerung und Schaffung von Barrierefreiheit)

Beschluss:

Die Durchführung der Stadterneuerungsmaßnahmen Stadtumbau West für das Stadtumbaugebiet Innenstadt / Innovation City sowie für das Stadtumbaugebiet Innenstadt für die Sanierung des Rathauses, wird auf der Grundlage folgender Finanzierungen beschlossen:

Zu a) Stadtumbaugebiet Innenstadt Innovation City

Gesamtkosten	=	800.000,00 €
erwartete Zuwendung (90 %)	=	720.000,00 €
Eigenanteil der Stadt Bottrop	=	80.000,00 €

Zu b) Stadtumbaugebiet Innenstadt (Sanierung des Rathauses)

Gesamtkosten	=	386.000,00 €
Erwartete Zuwendung (80 %)	=	308.500,00 €
Eigenanteil der Stadt Bottrop	=	77.500,00 €

Abstimmungsergebnis:

Mit 20 Stimmen (10 SPD, 5 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 ödp, 1 DKP, 1 LSB, 1 OB) gegen 1 Stimme (1 Die Linke)

Erläuterungen:

Ratsherr Ferdinand stellt fest, dass für die Modernisierung des Rathauses Fördermittel zur Verfügung stehen würden. Eine Modernisierung des Saalbaues sei nicht beabsichtigt, da der Saalbau nicht erhalten bleiben soll, obwohl es sich um eine kommunal wichtige Infrastruktur handle. Die Ratsgruppe Die Linke werde deshalb dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Ratsherr Jungmann merkt an, dass zu Buchstabe b) des Beschlussvorschlages die zu erwartende Zuwendung 80 % und nicht 90 % lauten müsste.

Oberbürgermeister Tischler erklärt, dass der Beschlusstext dementsprechend korrigiert werde.

20	Drucksachennummer:	2016/8717
	Zuständigkeit:	Kenntnisnahme

Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 3.09/8 "Osterfelder Straße, Westring, verlängerte Schützenstraße, Straße Am Quellenbusch";
hier: 1. Ergebnis der öffentlichen Auslegung
2. Satzungsbeschluss

Beschluss:

Rechtsgrundlage:

§§ 3 und 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist sowie §§ 7 und 41 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208)

1. Das Ergebnis der öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 3.09/8 „Osterfelder Straße, Westring, verlängerte Schützenstraße, Straße Am Quellenbusch" wird als Satzung und die zugehörige Begründung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

21	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8812 Kenntnisnahme
-----------	--------------------------------------	--

Bebauungsplan Nr. 95 "Gertskamp"
hier: 1. Prüfung der Anregungen
2. Änderung des Planentwurfs
3. Satzungsbeschluss

Beschluss:

Rechtsgrundlage:

§§ 3 und 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist sowie §§ 7 und 41 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV. NRW 2013 S. 496)

1. Nach Prüfung der zum Planentwurf vorgetragenen Anregungen werden diese unter Beachtung einer gerechten Abwägung der öffentlichen und privaten Belange aus den in der Anlage 1 dargelegten Gründen berücksichtigt bzw. zurückgewiesen. Die Anlage 1 des Beschlussvorlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Die textliche Festsetzung Nr. 3 wird dahingehend umformuliert, dass eine Überschreitung der Baugrenzen durch nicht überdachte Terrassen um maximal 3,00 m zulässig ist – und nicht wie bisher nur um 2,00 m.
3. Der Bebauungsplan Nr. 95 „Gertskamp“ wird in der Fassung des geänderten Entwurfs als Satzung und die zugehörige Begründung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

22	Drucksachennummer: Zuständigkeit:	2016/8813 Kenntnisnahme
-----------	--------------------------------------	--

Bebauungsplan Nr. 67 "Im Mandel" (Filmpark) - 6. Änderung
hier: 1. Prüfung der Anregungen
2. Satzungsbeschluss

Beschluss:

Rechtsgrundlage:

§§ 3 und 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist sowie §§ 7 und 41 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV. NRW 2015 S. 496)

1. Nach Prüfung der zum Planentwurf vorgetragenen Anregungen werden diese unter Beachtung einer gerechten Abwägung der öffentlichen und privaten Belange aus den in der Anlage 1 dargelegten Gründen berücksichtigt bzw. zurückgewiesen. Die Anlage 1 der Beschlussvorlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Der Bebauungsplan Nr. 67 „Im Mandel“ - 6. Änderung wird als Satzung und die zugehörige Begründung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Zum Ende der öffentlichen Sitzung übergibt **Oberbürgermeister Tischler** das Wort an Ersten Beigeordneten Ketzer zur Stellungnahme zum Schulraumbedarf an der Hauptschule Welheim.

Erster Beigeordneter Ketzer erklärt, dass Raumbedarf an der Hauptschule in Welheim bestehe. Die Verwaltung sei beauftragt, den Raumbedarf zu befriedigen. Zur Sitzung des Schulausschusses hätten noch keine Kostenschätzungen vorgelegen. Aufgrund der nunmehr vorliegenden vorläufigen Kostenschätzung und der einzuplanenden Bauzeit habe der Verwaltungsvorstand entschieden, eine weitere Sachprüfung in den zuständigen Gremien zu veranlassen.

Oberbürgermeister Bernd Tischler schließt um 17.30 Uhr die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses.

gez. Bernd Tischler
Oberbürgermeister

gez. Hannelore Holzkamp
Schriftführerin